

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Alexander Häusler:
Rechter Kulturkampf



J. Bischoff/B. Müller:
Obergrenzen, Abschottung



Stephan Krull: Volkswagen
– Blick in den Abgrund

J. Seppelt/B. Wodrich:
Sozial- & Erziehungsdienst

Forum
Gewerkschaften

Europas Weg nach rechts:
Frankreich, Polen, Türkei



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf **www.sozialismus.de**

Griechenlands steiniger Reformpfad



Noch immer wird auch in Deutschland über die Politik von Syriza und die Perspektiven in Griechenland gestritten. Die Fortsetzung des Kampfes zwischen der harten Austeritätspolitik, die die internationalen Investoren einfordern, und der Linksregierung ist auf die hinteren Seiten der Medien gerückt. ...

»Grandola, vila morena«



Von Umsturz ist die Rede. Der »Musterschüler« komme vom rechten Weg der Austeritätspolitik ab und gefährde dessen »bisherigen Erfolg«. Leitartikel sorgen sich um das Wohlergehen von Investoren, nicht um die PortugiesInnen, die unter der Knute des Spardiktats ächzen. Einige sehen schon wieder das Gespenst des Kommunismus in Südeuropa umgehen. Was ist geschehen? ...

Wiener Sponsorenkonferenz



Am 30. Oktober 2015 war es endlich so weit: Alle internationalen Sponsoren des syrischen Bürgerkriegs trafen sich in Wien zur Lagebesprechung. Mit am Tisch saß das erste Mal auch der iranische Außenminister. Zweifellos ein Fortschritt. ...

Rechte Radikalisierung, linke Transformation

Alexander Häusler: Rechter Kulturkampf und das Spiel mit der Angst	2
Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Gegen nationale Obergrenzen und Abschottung	6
Susanne Hennig-Wellsov: Linkes Regierungshandeln und sozialistische Transformation. Ein Jahr Rot-Rot-Grün in Thüringen	12

Europäische Spaltungslinien

Bernhard Sander: »Frankreich ist im Krieg«. Aber nicht gegen Armut und Perspektivlosigkeit, sondern gegen sich selbst	16
Errol Babacan/Murat Çakar: Grenzen des linken Populismus in der Türkei	22
Michael Knapp: Demokratische Autonomie – alternatives Lösungsmodell im Nahen Osten	26
Holger Politt: Polen – was wird? Jarosław Kaczyński als unberechenbarer Machtpolitiker. Eine Wahlnachlese	30
Joachim Bischoff/Björn Radke: Flüchtlings- und Eurokrise spalten Europa – linke Alternativen	33

Forum Gewerkschaften

Stephan Krull: Volkswagen – Blick in den Abgrund Die Automobilbranche im Umbruch	40
Thomas Böhm: Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge Die Erfolgsformel der privaten Krankenhausketten	44
Jana Seppelt/Benjamin Wodrich: Wie weiter im Sozial- und Erziehungsdienst? Oder: Was wir aus der Tarifrunde lernen können	47
Michael Wendl: Zwischen Wert der Arbeit und Qualifikation der Arbeitskraft	53
Otto König/Richard Detje: Konversionsdebatte wiederbeleben! Der 23. IG Metall-Gewerkschaftstag zum Thema Rüstung(skonversion)	58

Individuum & Theorie

Christoph Lieber: »Vereinigung unserer Energien für den Kampf ...« (Antonio Gramsci an Giulia Schucht) (zu Nora Bossong, 36,9°)	61
Frank Heidenreich: Von Marx her denken, um zu verändern. Zum Erscheinen von Band 8/II des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus	63

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	65
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: Irrational Man (Filmkritik)	69

Supplement

Dieter Boris / Achim Wahl / Timm Schützhofer

Lateinamerika: Defensive der Linksregierungen?

Zehn Thesen zur politischen Entwicklung / Brasiliens Dilemma / Ecuadors Weg

Linkes Regierungshandeln und sozialistische Transformation

Erfolge und Herausforderungen nach einem Jahr Rot-Rot-Grün in Thüringen

von | Susanne Hennig-Wellsow



Gotha, 15.11.2015/flickr/DIE LINKE Thüringen

Laut einer aktuellen Umfrage haben in Thüringen 62% der Menschen Angst vor »Spannungen durch den Zugang von Ausländern«, 60% vor »Terrorismus«, 59% vor »steigenden Lebenshaltungskosten« und 58% vor »eigener Arbeitslosigkeit«.¹ Vor dem Hintergrund der erhöhten Zahl von Geflüchteten und Schutzsuchenden in Deutschland treten die seit Jahren verbreiteten rassistischen Ressentiments in der Bevölkerung² offener zu Tage. Zu den Aufmärschen von Pegida und der »Alternative für Deutschland« (AfD) kommen in Sachsen und Thüringen derzeit jede Woche Tausende. »Ängste« und »Sorgen« seien die Gründe dafür, heißt es oft.

Zugleich ist die Gesellschaft in Arm und Reich gespalten. Auf der einen Seite sind 16,5 Millionen Menschen in dem an sich so reichen Deutschland von Armut betroffen, 2,6 Millionen Kinder sind arm oder armutsbedroht, Einkommen klaffen immer stärker auseinander, der Zugang zu guter Bildung ist sozial höchst selektiv, prekäre Arbeitsverhältnisse sind Normalität, Altersarmut droht vielen Menschen. Auf der an-

deren Seite werden die Reichen immer reicher und Umverteilung findet von Unten nach Oben statt. In Ostdeutschland erleben die Menschen diese Zustände verschärft. Auch 25 Jahre nach der Vereinigung gibt es noch immer deutliche Unterschiede bei Einkommen, Renten, Erwerbslosigkeit und den ökonomischen und wirtschaftlichen Strukturen zwischen Ost und West.³

Weder für die Herausforderungen durch die Zuwanderung, noch auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme hat die große Koalition aus CDU/CSU und SPD im Bund wirkliche Lösungen anzubieten. Auch gegenüber den rechten Mobilisierungen und dem Anstieg rassistischer Ressentiments ist sie sprachlos. Weite Teile der Regierung gießen sogar noch Öl ins Feuer und setzen in der Flüchtlingspolitik auf autoritäre Lösungen der Abschottung. Deutsche Waffenexporte, Militäreinsätze, eine kapitalistische Wirtschaftsordnung, Kooperation mit Diktaturen oder mangelnde Entwicklungshilfe verschärfen weltweit Konflikte, Armut und Not.

»Europa schaut nach Thüringen«

Wir müssen feststellen, dass es der Linken in Deutschland und Europa bisher nicht gelungen ist, einen ausreichend mächtigen Gegenpol zu sozialer Ausgrenzung und sozialer Spaltung, zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu schaffen, auch wenn beispielsweise in Portugal und Griechenland linke Regierungen gewählt wurden, die gegen die Anmaßungen der EU, der Bundesregierung und der Troika aufbegehren.

Thüringen ist mitten in Europa wahrlich nur ein kleines Bundesland – doch europaweit schauen Linke auf unsere Regierung. Landesregierungen mit Beteiligung der LINKEN werden von europäischen PolitikerInnen unterschiedlicher Couleur als mögliches Korrektiv gegen den Kurs Angela Merkels in der Währungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik gewertet.⁴ Und tatsächlich zeigt sich im Kleinen, dass wir über den Bundesrat bundespolitisch mitgestalten können – zum Beispiel beim Antrag »Ehe für alle« oder unsere Initiative zur sogenannten Störerhaftung. Je mehr rote

Länder wir haben, desto stärker können wir auch im Bund Mehrheiten für eine soziale, ökologische, demokratische Politik organisieren. Bei den Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin im kommenden Jahr besteht die Chance dafür.

In diesen bewegten Zeiten ist die rot-rot-grüne (#r2g) Landesregierung in Thüringen eine der wenigen politischen Alternativen zum konservativen, rechten und bürgerlichen Einheitsbrei. Es muss und wird uns gelingen, eine andere Politik sichtbar zu machen, eine Politik, die den Menschen nützt. Wir müssen zeigen, dass Politik noch gestalten kann. Ohne eine funktionierende linke Alternative zu Merkel und Co. werden es Rechtsextreme und die Verächter der Demokratie leicht haben, die Köpfe der Menschen zu gewinnen.

LINKE in Regierung: Einige Erfolge

Seit einem Jahr ist die #r2g-Landesregierung nun im Amt und wir können eine Reihe von Erfolgen vorweisen. Einige Beispiele: Wir haben gleich zu Beginn der Regierung die Kassen der Fraktionen als Selbstbedienungsladen geschlossen, die von der CDU für Zulagen an einzelne Abgeordnete missbraucht wurden. Wir stellen 500 neue LehrerInnen pro Jahr ein, im nächsten Jahr voraussichtlich sogar 750. Eine Vertretungsreserve wird aufgebaut, um den Unterrichtsausfall zu senken. Und neue LehrerInnen für Deutsch als Zweitsprache werden Integration fördern. Mit der Neuregelung der Finanzierung der Privatschulen haben wir Rechtssicherheit und endlich Transparenz bei der Finanzierung nichtstaatlicher Schulen hergestellt – dazu war die CDU-geführte Regierung zuvor nicht in der Lage. Endlich gibt es in Thüringen ein Bildungsfreistellungsgesetz und ein öffentliches Beschäftigungsprogramm für etwa 1.000 Langzeiterwerbslose.

Die Beschäftigungsverhältnisse in der Pflege sind für die Regierung und unsere Fraktion genauso Thema wie die Erhöhung des Blindengeldes ab 2016. Um die Kommunen zu stärken, wird die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs mit den Kommunen verhandelt.

2015 hatten wir zur Stärkung der Kommunen bereits Finanzhilfen gezahlt. #r2g hat die von der CDU immer blockierte Gebiets-, Funktional- und Verwaltungsreform mit der Vorlage eines Leitbildes »Zukunftsfähiges Thüringen« begonnen. Sozialer Wohnungsbau und Mietpreisbremse sollen MieterInnen entlasten. Wir haben Schlussfolgerungen aus dem NSU gezogen, daher das V-Leute-System beendet und einen zweiten Untersuchungsausschuss eingesetzt. Eine Vertrauens- und Beschwerdestelle bei der Polizei ist in Vorbereitung ebenso wie eine Dokumentations- und Forschungsstelle zum Thema Rechtsextremismus. Der Thüringer Inlandsgeheimdienst darf nicht mehr an Schulen präsent sein und die Gelder für die Spitzel-Behörde wurden gekürzt. Die Hochschulen werden finanziell über die nächsten vier Jahre wesentlich großzügiger ausgestattet als bisher.

Stück für Stück arbeiten wir den Koalitionsvertrag ab. Dabei kommt eine Landesregierung aus drei Parteien, die mit einer 25 Jahre lang CDU-geführten Landesverwaltung als »viertem Koalitionspartner« zusammenarbeiten muss, hier und da auch mal in schwere See. Doch in solchen Debatten heißt es, Ruhe zu bewahren und den im Vertrag vereinbarten Kurs zu halten. Als Partei und Fraktion haben wir die Aufgabe, im Regierungsbündnis konsequent die Anwältin der »99%« in der Gesellschaft zu sein. Wir vertreten die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Angestellten, der finanziell schlechter Gestellten und der prekär Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Studierenden, der Schutzsuchenden, der Rentnerinnen und Rentner, der Älteren, der Frauen, der Kinder – und wir sind die parlamentarische Stimme der Menschen in Ostdeutschland. Die jüngste Debatte um den Länderfinanzausgleich hat deutlich gezeigt, dass wir für gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West weiter kämpfen müssen. DIE LINKE ist in diesem Regierungsbündnis die Stimme für das Öffentliche. Keine Privatisierung öffentlichen Eigentums, bessere öffentliche Daseinsvorsorge und mehr Gemeingüter statt Privatisierung und Profit. DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit, der Bürgerrechte und des

antifaschistischen Vermächtnisses des Schwurs von Buchenwald. Als zweitstärkste Kraft in den Kommunen nehmen wir die Herausforderungen vor Ort an und machen Politik für die Menschen – im Verein, im Ortsteilrat, in der Bürgerinitiative, im Stadtrat, auf der Straße oder im Kreistag. DIE LINKE führt in Thüringen nun zum ersten Mal eine Koalition an. Jetzt spüren wir die gesetzten Grenzen für die Landespolitik in aller Härte. Es gilt, diese Grenzen zu politisieren und ihnen Risse zu verpassen. Eben deshalb fordere ich immer wieder auch die Auseinandersetzung mit der »schwarzen Null«.⁵ Die »Schuldenbremse« ist politischer und volkswirtschaftlicher Unsinn und schränkt unsere Handlungsmöglichkeiten ein – und sie ist vor allem eine Investitionsbremse. Hier müssen wir dringend in die Diskussion mit unseren politischen Partnern gehen.

Das Beispiel: Flüchtlingspolitik

Die Flüchtlingspolitik überlagert seit Monaten die Arbeit in vielen Ministerien und in den Kommunen. Doch gerade mit Blick auf dieses Thema bin ich froh, dass wir in Thüringen regieren und nicht die CDU. Hier gibt es keine Zeltstädte, hier brechen keine Krankheiten in überfüllten Unterkünften aus, hier relativiert keine Landesregierung Bedrohungen von rechts und hier versteht die

Susanne Hennig-Wellsow ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen und Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag.

¹ Infocenter der R+V Versicherungen: Die Ängste der Deutschen 2015 – Ergebnisse nach Bundesländern, Wiesbaden, 3. September 2015.

² Belegt u.a. durch die Langzeitstudien »Deutsche Zustände« der Universität Bielefeld, die »Mitte-Studien« der Universität Leipzig oder den »Thüringen Monitor« der Universität Jena.

³ Susanne Hennig-Wellsow: Der Thüringer Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Ost und West, in: Helle Panke e.V. (Hrsg.): 25 Jahre deutscher Vereinigungsprozess. Erfolge, Defizite, Perspektiven – Beiträge eines Workshops, Reihe Pankower Vorträge, Berlin 2015.

⁴ Europa schaut nach Thüringen – Ein Gespräch über Kooperationen und linkes Regieren, in: Susanne Hennig-Wellsow (Hrsg.): Mit links regieren? Wie Rot-Rot-Grün in Thüringen geht, Hamburg 2015 (VSA: Verlag).

⁵ Vgl. u.a. hier: Linke-Chefin: Schuldenbremse ist Investitionsbremse, focus.de, 14.11.2015.

Regierung die Situation auch als Chance für die Zukunft.

Der erste Beschluss der neuen Landesregierung im Dezember 2014 war ein Winterabschiebestopp. Das Signal hieß: Wir machen uns auf den Weg zu einer humanen Flüchtlingspolitik – und wir werden viele landespolitische Fragen anders angehen, als es die Vorgängerregierungen getan haben. Angesichts des Flüchtlingsdramas im Mittelmeer und rassistischer Mobilisierungen gegen Schutzsuchende sowie der völlig verfehlten Migrations- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und der meisten Bundesländer war der Abschiebestopp zwar fast nur ein symbolischer, aber ein wichtiger Schritt. Er war der erste Baustein für eine Flüchtlingspolitik, die nicht auf Ausgrenzung und das Ziel der Abschiebung setzt, sondern die darauf setzt, aus Flüchtlingen NeubürgerInnen zu machen. Es geht letztlich darum, mit den Instrumenten des Landes eine wirkliche Integrations- und Willkommenskultur zu entwickeln.

Im Koalitionsvertrag heißt es, am »Umgang mit Flüchtlingen und der Integration von Migrantinnen und Migranten bemisst sich die Humanität einer Gesellschaft.«⁶ Verabredet wurden ein Flüchtlingsgipfel mit den Landkreisen und den kreisfreien Städten, dezentrale Unterbringung der Menschen, eine Gesundheitskarte für unbürokratischeren Zugang zu medizinischer Versorgung, Geld statt Gutscheine, eine aktive Einwanderungspolitik, bessere Beratung und Sozialbetreuung sowie eine schnellere Anerkennung von Berufsabschlüssen. Um auf die aktuelle Situation reagieren zu können, haben wir mittlerweile die Erstaufnahmekapazitäten in Thüringen verzehnfacht, richten Hallen für Notaufnahmen her und begrüßen und versorgen die Ankommenden an Bahnhöfen. »Wir alle erleben jetzt eine Stunde der Bewährung, in der sich zeigt, was unsere Sonntagsbekenntnisse zum Grundgesetz wert sind, wenn es ernst wird. Wir alle müssen jetzt zeigen, ob wir in einer Krisensituation in der Lage sind, Verantwortung als gewählte Anführerinnen und Anführer eines demokratischen Gemeinwesens zu übernehmen«,⁷ schrieb Ministerpräsident Bodo Ramelow Anfang Oktober über die Auf-

gabe, vor der die Politik nun steht. Wir haben trotz der ungewöhnlichen Umstände die Situation in Thüringen bisher im Griff.

Auch wenn die Landesregierung in den Fragen der Aufnahme, Unterbringung und Integration vieles selbst entscheiden und so besser machen kann als andere, müssen wir politisch die Bundesregierung, Kanzlerin Angela Merkel, den zuständigen Innenminister Thomas de Maizière und sein Bundesamt in die Verantwortung nehmen. Es ist nötig, stärkere Verantwortung beim Bund anzusiedeln und die Länder und Kommunen finanziell besser auszustatten. Es kann nicht sein, dass der Bund entscheidet und die Länder und Kommunen zahlen sollen. Wir brauchen kurzfristig mehr Geld vom Bund und langfristig strukturelle Veränderungen für handlungsfähige Länder und Kommunen.

Für Thüringen kann der Zuzug auch eine Chance sein. Der Freistaat hat seit 1990 fast eine halbe Million Menschen verloren. Die heutigen Strukturen des Landes sind in vielen Fällen immer noch für viel mehr Menschen ausgelegt. Die derzeit für die Flüchtlingsaufnahme aufgewendeten Gelder sind auch Investitionen in die Zukunft. Spätestens in zehn bis zwanzig Jahren werden wir – und dann mit viel mehr Geld als heute – eine aktive Einwanderungspolitik machen müssen, um für den demografischen Wandel und für die zunehmende Alterung der Gesellschaft gerüstet zu sein. Wir vollziehen jetzt ein soziales Strukturprogramm und investieren in Menschen und Strukturen – das ist auch ein Konjunkturprogramm für die Wirtschaft, das sind Investitionen in die Zukunft. Eine ordentliche Aufnahme und Unterbringung, Gesundheitsversorgung, Sprachkurse und Arbeit als notwendiges Instrument von Integration sind für uns eine humane Selbstverständlichkeit. Wir lassen keinen zurück, weder den langzeiterwerbslosen Deutschen, noch die Hartz-IV-Empfängerin oder Geflüchtete.

Die Herausforderungen

Wir brauchen eine starke Linke. In der aktuellen Thüringer Situation vor allem, um in der Regierung und im all-

täglichen Handeln linke Impulse zu setzen. Aber auch in den gesellschaftlichen, außerparlamentarischen Auseinandersetzungen, mit Blick auf den Bund und Europa sowie um langfristig die Perspektive eines demokratischen Sozialismus stark zu machen. Wollen wir unsere Landesregierung stützen, gilt das strategische Dreieck für uns als Leitmodell: Handeln im Hier und Jetzt, Kritik und Widerstand an herrschenden Verhältnissen und das Festhalten am demokratischen Sozialismus als Ziel unserer Politik. In den vergangenen eineinhalb Jahren haben wir uns mit Blick auf die Wahl im September 2014 vor allem um Wahlkampf, Koalitionsverhandlungen und den Start der #r2g-Regierung gekümmert. Nun müssen wir uns auch wieder stärker um die Partei und unsere gesellschaftliche Verankerung kümmern. Unser Ziel ist klar: Wir kämpfen dafür, das wir bei den nächsten Landtagswahlen im Herbst 2019 mindestens so stark werden wie 2014 und erneut eine Mehrheit für einen linken Ministerpräsidenten haben.

Dazu brauchen wir erstens dringend Strategien gegen die steigende Zahl der NichtwählerInnen. Denn die »Zunahme der Wahlenthaltung hat einen Klassencharakter«,⁸ analysiert Horst Kahrs richtig. Gerade jene, die einen verlässlichen Sozialstaat und öffentliche Daseinsfürsorge brauchen, machen von ihrem Wahlrecht unterdurchschnittlich Gebrauch. Im Ergebnis müssen wir eine »systematische Verdrängung« eines Teils der Menschen aus dem politischen Leben feststellen. Die »sozial ungleiche Wahlbeteiligung« gerade in den jüngeren Altersgruppen, unter formal weniger Gebildeten und in ärmeren Stadtteilen ist mittlerweile zu einem »Problem für die Demokratie« geworden.⁹ Es droht »eine sich verstärkende Dynamik von sozialer und politischer Ungleichheit, die schwierig zu durchbrechen ist. Je ungleicher die politische Beteiligung, desto unwahrscheinlicher sind Reformen, um die soziale Ungleichheit abzumildern.«¹⁰ Eine Wahlauswertung zeigt, dass die Thüringer LINKE gerade unter Jüngeren und unter Berufstätigen gestärkt werden muss, um auch langfristig politische Mehrheiten organisieren zu können.¹¹

Zweitens müssen wir mit Weiterbildungsangeboten und einer engen Verknüpfung bestehender Bildungsangebote ehrenamtliche Vorstands- und Parteiarbeit sowie unsere hauptamtlich Beschäftigten qualifizieren. Kampagnen- und Veranstaltungsorganisation, politische Bildung, gesellschafts- und kommunalpolitische Debatten, Jugend und Neumitgliedergewinnung oder die Unterstützung bei der Organisation ehrenamtlicher Arbeit in den Kreisverbänden sind ebenso offene Baustellen, wie formale und fachliche Qualifikationen sowie Erfahrungen in praktischer Verwaltungsarbeit.

Drittens muss DIE LINKE zur Stabilisierung und langfristigen Ausweitung ihrer Basis aktiver in die Mitgliederwerbung gehen und junge Mitglieder besser in die praktische Arbeit einbinden. In Thüringen haben wir im vergangenen Jahr die Zahl von 5.000 Mitgliedern unterschritten. Aber gerade in einem Flächenland wie unserem sind funktionierende und aktive Strukturen vor Ort bis in die kleinsten Gemeinden hinein nötig, um dauerhaft wirksam sein zu können. Zudem muss es uns – gerade in Fortführung der basisdemokratischen Entscheidung über den Thüringer Koalitionsvertrag Ende 2013 – um die Stärkung innerparteilicher Demokratie gehen.

Viertens wollen wir die gesellschaftliche Verankerung der Partei

DIE LINKE in Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden stärken und unsere Arbeit mehr in Richtung einer Mitmach- und Kampagnenpartei in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entwickeln, denn wir begreifen uns als Teil sozialer Bewegungen als zweites wichtiges Standbein neben der kommunalen Gremienarbeit. Durch konkrete Arbeit in Bündnissen und an den Themen der Bewegungen kann DIE LINKE für AktivistInnen und für Bürgerinitiativen interessanter werden. Unsere Strukturen müssen sich an jungen Lebenswelten ausrichten und Jugendangebote auf- und ausbauen. Unsere Partei muss eine Organisation werden, die »als Ort der gemeinsamen Praxis funktioniert, in der sich Erfahrungen neu zusammensetzen und gesellschaftlich etwas bewegen können«. ¹² Eine Organisation für alle, die linke Kommunalpolitik machen, in der Nachbarschaft für eine solidarische Gesellschaft werben, sich gegen Neonazis oder für den Erhalt von Kitas und Schwimmbädern engagieren, für gerechte Löhne streiten, in Sozialverbänden Solidarität praktisch organisieren, in wendländischen Wäldern Atommülltransporte blockieren, an Hochschulen kritische Wissenschaft reetablieren, linke Kultur organisieren, am 8. März für Frauenrechte auf die Straßen gehen – oder eben auch in einer Landesregierung für linke Politik streiten.

Fünftens werden wir die Diskussion und Erprobung konkreter Ideen fortführen, wie Regierungspolitik nicht nur im Hier und Jetzt, sondern auch transformatorisch in Richtung eines demokratischen Sozialismus wirken kann. Unsere ersten Schritte und Entscheidungen in der Regierung, wie zum Beispiel mehr Geld für die Kommunen, mehr ErzieherInnen und LehrerInnen oder weniger Spitzerei durch den Geheimdienst sind richtige Schritte, aber noch keine wirklichen Bewegung hin zu einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft. Hier brauchen wir eine praktische Diskussion, wie sozialistische Transformation in Regierungshandeln gehen kann.

⁶ DIE LINKE Thüringen/SPD Thüringen/Bündnis90/Die Grünen: Thüringen gemeinsam voranbringen. Demokratisch, sozial, ökologisch, Erfurt 2014 (www.die-linke-thl.de/fileadmin/LV_Thuringen/dokumente/r2g-koalitionsvertrag-final.pdf).

⁷ Bodo Ramelow: Das ist unser Job, 6.10.2015 (www.bodo-ramelow.de/tagebuch/post/2015/10/06/das-ist-unser-job).

⁸ Horst Kahrs: Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2012.

⁹ Armin Schäfer: Demokratie? Mehr oder weniger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.11.2015.

¹⁰ Ebd.

¹¹ DIE LINKE Thüringen: Analyse der Wahlergebnisse von DIE LINKE, Thüringen zur Landtagswahl am 14.9.2014, Erfurt 2015.

¹² Raul Zelik: Fast eine Liebeserklärung, in: Neues Deutschland, 16.6.2012.

LUXEMBURG 2
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2015

DAS BISSCHEN BILDUNG Was kann Bildung von links? | Master of Activism | Bildungsfernweh | Child Care Crisis | Im Zweifel Populismus | #Blacklivesmatter | Debatte neue Klassenpolitik

MIT BEITRÄGEN VON Julika Bürgin | Uwe Hirschfeld | Maria Do Mar Castro Varela | Katrin Reimer-Gordinskaya | Alberto Garzón | Paula Bulling | Axel Rüdiger | Laurence Cox | Sabine Hattinger-Allende | Heinz Hillebrand | David Salomon u.a.

August 2015, 120 Seiten,
hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

KOSTENLOS ABONNIEREN UNTER
WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

